

# Ablenkungsmanöver und Anschuldigungen

Der russische Einflussbereich: Belarus, Nawalny, Nord Stream 2 | Von Gwendolyn Sasse

Nach fast sechs Wochen ist das Momentum der Massenmobilisierung in Belarus trotz einer neuen Welle der Repressionen ungebrochen. Gleich nach den Wahlen hatte es etwa 7000 Verhaftungen gegeben. Die Freilassung der Verhafteten ging einher mit Bildern der ihnen im Gefängnis zugefügten Gewalt. Diese Bilder mobilisierten breite Teile der belarussischen Gesellschaft. Hatte Alexander Lukaschenko in den ersten Wochen zunehmend realitätsfern und unsicher gewirkt, so gewann er mit Wladimir Putins expliziter Zusage von Unterstützung durch russische „Reserveeinheiten“ im Falle ausländischer Provokationen oder Chaos im Land wieder an Spielraum. Lukaschenko zielt darauf ab, der Furchtlosigkeit der Gesellschaft eine neue Angst entgegenzusetzen, ohne jedoch bisher zu versuchen, die Demonstrationen gänzlich aufzulösen.

Bis auf die Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch sind inzwischen alle Angehörigen des Präsidiums des Koordinationsrats der Opposition verhaftet oder vertrieben worden. Nachdem sowohl Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja als auch ihre Mitstreiterin Veronika Tsepkalo aus Belarus fliehen mussten, wurde die Dritte im Bunde – Marija Kolesnikowa – zur Schlüsselfigur der Opposition vor Ort. Ihre zu einem Herzen geformten Hände sind das Symbol der friedlichen, maßgeblich von Frauen geprägten Proteste für einen politischen Neuanfang in Belarus. Bisher erhält sich die Massenmobilisierung bis auf den bewusst breit aufgestellten Koordinierungsrat ohne tiefergehende organisatorische Strukturen. Dies ist momentan die Stärke der Protestierenden, könnte sich aber mittelfristig als Nachteil erweisen. Kolesnikowa versuchte, diesem institutionellen Vakuum mit der Ankündigung, eine neue Partei gründen zu wollen, etwas entgegenzusetzen. Damit wurde sie für Lukaschenko noch gefährlicher. Kolesnikowa konnte sich einer Abschiebung in die Ukraine widersetzen, sitzt aber nun in Untersuchungshaft.



Schlüsselfigur der Opposition: Marija Kolesnikowa

Trotz einer klaren Verurteilung der Wahlen und der Gewalt tut sich die EU weiterhin schwer mit ihrer Antwort auf die Situation. Man hatte sich auf personenbezogene Sanktionen gegen die Hauptverantwortlichen für Wahlfälschungen und Repressionen verständigt, aber es geht bisher um eine kleine Anzahl von Eliten aus dem direkten Umfeld von Lukaschenko. Selbst diese Entscheidung wird nun von Zypern

blockiert, um den Druck auf die Türkei im Erdgasstreit im Mittelmeer zu erhöhen.

Die Frage, ob Lukaschenko selbst mit Sanktionen belegt werden soll, bleibt umstritten. Einige fürchten, dies könnte die ohnehin begrenzten Chancen für Verhandlungen unterminieren. In der Zwischenzeit haben sich einzelne EU-Staaten klar positioniert: Litauen, Estland und Lettland verhängten ein Einreiseverbot gegen Lukaschenko, dehnten die Sanktionen auf einen größeren Personenkreis aus, legen zivilgesellschaftliche Programme auf und drängen die EU, sich ihrer Politik anzuschließen. Die norwegische Ministerpräsidentin und der polnische Ministerpräsident haben sich

mit Tichanowskaja getroffen und damit ihre politische Rolle weiter aufgewertet.

Der Giftanschlag auf Alexei Nawalny, den bekanntesten Anti-Kreml Aktivist Russlands, seine Behandlung in der Berliner Charité und der Nachweis des Nervengifts Nowitschok in seinem Körper ließen Belarus kurzfristig in den deutschen Medien in den Hintergrund treten, doch nun verknüpfen sich beide Ereignisse sehr deutlich. Es geht in Berlin und Brüssel vor allem um die Formulierung einer adäquaten Antwort an den Kreml in der Causa Nawalny. Die Schärfe dieser Antwort wird die weitere Entwicklung in Belarus automatisch mitprägen, vielleicht sogar bestimmen. Die Worte, die die Bundesregierung geent an Moskau richtete waren für das, was auf dem diplomatischen Terrain üblich ist, ungewöhnlich scharf. Zum ersten Mal wird nun auf oberster Regierungsebene offen über einen Stopp von Nord Stream 2 diskutiert. Bisher hatte die Bundesregierung den Bau dieser Gaspipeline, die russisches Gas an der Ukraine vorbei in die EU transportieren soll, als rein wirtschaftliches Projekt bezeichnet. Das war es nie. Energieprojekte dieser Größenordnung sind niemals apolitisch. Nord Stream 2 wird von vielen EU Ländern kritisch gesehen, und die USA belegten die am Bau beteiligten Firmen aus wirtschaftlichem Eigeninteresse mit Sanktionen.



ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS).

Bundeskanzlerin Angela Merkel ist seit Langem die treibende Kraft hinter dem mitunter brüchig wirkenden EU-Konsens, auf dessen Grundlage die im Zuge der Krim-Annexion 2014 und des Krieges in der Ostukraine ab 2014 verhängten personen- und sektorenbezogenen Sanktionen gegenüber Russland regelmäßig verlängert werden. Nun liefert der Fall Nawalny die Vorlage für eine Neuausrichtung der deutschen und vielleicht der EU-Politik gegenüber Russland. Ein nach außen demonstrierter EU-Konsens wäre im Sinne einer gemeinsamen Wertegemeinschaft wünschenswert.

In Moskau glaubt man noch nicht daran, dass es die deutsche Regierung ernst damit meint, Nord Stream 2 überdenken zu wollen. Aus Russland kommt derzeit die gewohnte Mischung aus Ablenkungsmanövern und absurden Anschuldigungen. Die Bundesregierung hat sich Zeit erbeten, doch der Zugzwang steigt täglich, auch unter dem Eindruck der Gewaltspirale in Belarus. Selbst personenbezogene Sanktionen hätten in dieser Situation nicht nur Symbolfunktion, wenn sie außer den Machthabern und ihren engsten Vertrauten auch einflussreiche Eliten mit Vermögen, Immobilien und dem Wunsch, ihre Kinder im Westen ausbilden zu lassen, treffen würden.

Ein kluges Sanktionspaket, ein Nord-Stream-2-Moratorium oder ein Stopp des Projekts haben ihren Preis. Doch der Preis von Menschenleben und Rechtsstaatlichkeit ist eindeutig höher. Die deutsche Regierung – auch in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentin – ist nun gefragt, diese Handlungsoptionen auf dem diplomatischen Weg glaubwürdig in Richtung Moskau zu kommunizieren. Es wäre doch denkbar, dass dies auch der Auslöser für ein Zeichen von Putin an Lukaschenko sein könnte, in Belarus den Weg für Verhandlungen freizumachen.

## AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOEPPER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

## Gung ho

Elon Musk ist mit seinem Privatjet für ein paar Tage überraschend in Deutschland gelandet und in der brandenburgischen Grünheide aufgeschlagen. Dort im Niemandsland soll seine Gigafactory 4 für die Herstellung von jährlich 500 000 Autos in 11 Monaten entstehen, ein Milliardenprojekt, für das man hierzulande gemeinhin Jahre braucht. Und tatsächlich liegt der Bau im Zeitplan. Von Elon Musk lernen – diese Devise hat Anfang der Woche nun der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) ausgegeben.

Die Gründe für den rasanten Baufortschritt sind vielfältig: die hohe Motivation und das gleichgerichtete Interesse aller Beteiligten, die perfekte Planung einschließlich einer enormen Flexibilität für notwendige Plananpassungen, die Adaption immer neuen Wissens und die Parallelität verschiedener Bauabschnitte, die normalerweise hintereinander abgearbeitet werden.

Entscheidender Faktor aber ist Musks verblüffende Risikobereitschaft, die all das überhaupt erst möglich macht. Er baut (noch) ohne abschließende Genehmigung. Er riskiert nicht mehr und nicht weniger als einen rechtlich erzwungenen Rückbau und damit das Scheitern des gesamten Vorhabens – ein Milliarden-Risiko. Und er riskiert eine betriebswirtschaftliche Niederlage gegen die weltweit wohl stärkste Konkurrenz, die ein Automobilhersteller sich aussuchen kann. Er baut im Autoland Deutschland, überdies ein Land der Verbrennungsmotoren, in dem das Thema Elektromobilität bei den Kunden noch gar nicht angekommen ist. Ob man Risikobereitschaft lernen kann?

Musk ist kein Unternehmer, der versucht, in gegebenen Verhältnissen sein unternehmerisches Tun zu optimieren. Er ist Unternehmer, der Strukturen, Produkte und Marktregeln maßgeblich verändert – stets mit dem hohen Risiko des Totalausfalls. Er ist einer, der „neue Kombinationen durchsetzt“, wie der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Joseph A. Schumpeter einst schrieb, was heute gemeinhin als Innovation bezeichnet wird. Dieser Typus komme selten vor im Vergleich zu der Überzahl der statisch disponierten Wirtschaftssubjekte. „Aber umso mehr fällt er auf, umso mehr zieht er die Aufmerksamkeit auf sich.“

Risikobereitschaft kann man womöglich nicht lernen. Noch nicht einmal von Musk. Doch man kann sich mitreißen lassen. So ist es die enorme Risikobereitschaft des gebürtigen Südafrikaners, die – bis auf ein paar ewige Skeptiker und Umweltbesorgte – die Menschen weit über Brandenburg hinaus elektrisiert und sogar SPD-Politiker, wenn auch nicht zu Kapitalisten, so doch zu begeisterten Anhängern eines Vollblutkapitalisten macht.

# Die liberale Einbildung

Kaltschnäuzige Steuersenker oder Freunde der Freiheit – wozu FDP? | Von Thomas Biebricher

Wer braucht die FDP? Schon in den 1990er-Jahren fand sich in Sozialkunde-Klausuren die Frage, ob die Partei nicht eigentlich überflüssig geworden sei, da auch alle anderen Parteien von links bis rechts mehr oder weniger dezidiert liberal positioniert oder doch zumindest nicht mehr antiliberal eingestellt seien. Letzteres wird man zwar heute nicht mehr derart uneingeschränkt behaupten können, doch was sich erhalten hat, ist der Subtext der Frage, der nahelegt, dass die FDP möglicherweise verschwinden könnte, ohne dass das Parteiensystem bleibenden Schaden erleiden würde – und angesichts aktueller Umfragewerte um die fünf Prozent ist dies kein völlig spekulatives Szenario.

Worauf ist diese Misere der FDP zurückzuführen? Zwei grundsätzliche und sich teils gegenseitig ergänzende Antwortmöglichkeiten drängen sich auf. Zum einen könnte es sein, dass die Freidemokraten zwar die richtige Politik im Angebot haben, es aber an der Nachfrage hapert – um es im Idiom der Ökonomie auszudrücken, dem die FDP ja so nahesteht. Und tatsächlich handelt es sich dort um eine Sorge, die sowohl Liberalismus als auch Neoliberalismus von jeher umtreibt: Die Menschen schätzen die Freiheit, wenn überhaupt, dann erst, wenn sie ihnen genommen wird, doch zumeist sehnen sie sich nach Sicherheit. Schon Friedrich August von Hayek dachte darüber nach, wie eine immer weiter sinkende Selbstständigkeitsquote der liberalen

Agenda schaden könnte, und der amerikanische Neoliberale James Buchanan stellte resigniert fest, dass sich auch nach dem Ende des Realsozialismus eine andere Art von sozialistischer Einstellung hartnäckig halte, die Eigenverantwortung scheue und es in ihrer „Furcht vor der Freiheit“ gar nicht erwarten könne, die Kontrolle über das eigene Leben bestimmten Autoritäten und Instanzen inklusive dem sorgenden Staat anzutragen.

Man kommt nicht umhin festzustellen, dass diese grundsätzlichen Sorgen im anbrechenden Coronazn noch einmal wesentlich akuter geworden sind – womit wir bei den aktuellen Gründen des freidemokratischen Sinkflugs angelangt sind. In einer Gegenwart, die schon seit längerer Zeit und vor allem seit dem Frühling dieses Jahres von einer Kombination von Krisen und Unsicherheiten geprägt ist, kann sich eine kaltschnäuzige Weltsicht, der gemäß Probleme immer nur dornige Chancen sind, wie der junge Christian Lindner einst befand, nicht unbedingt der breiten Zustimmung der Bevölkerung sicher sein. Ja, der Staat verbietet, nimmt immense Schulden auf, subventioniert und rettet Unternehmen wie auch Arbeitsplätze und verstößt so im Zuge des Corona-Krisenmanagement so ziemlich gegen jede Maxime, die Liberale jemals hochgehalten haben.

Doch alle Daten, die Demoskopie-Institute liefern, deuten darauf hin, dass eine sehr breite Mehrheit der Bevölkerung mit

der Grundrichtung dieses Krisenmanagements durchaus einverstanden sind – und man kann nur hoffen, dass die Freidemokraten nicht irgendwann beginnen, der Minderheit hinterherzulaufen, die „Tage der Freiheit“ gegen die Corona-Politik der Regierung veranstaltet. Die FDP kann dort nicht auf eine entgegenkommende liberale Staatskepsis hoffen. Stattdessen bedürfte es entweder der Bereitschaft und Fähigkeit, genuin liberale Anliegen argumentativ-narrativ der Bevölkerung so nahezubringen, dass dieser die Gefahr übermäßiger Staatsschulden oder eines vermeintlich den Strukturwandel hemmenden Kurzarbeitergeldes klarer präsent wird, als dies offensichtlich aktuell der Fall ist. Oder sie müsste eine Art von Liberalismus anbieten, der sich eben nicht darin erschöpft, gebetsmühlenartig staatliche Übergriffigkeiten anzuprangern.



ist Politischer Theoretiker. Er ist Professor für die Geschichte ökonomischer Governance an der Copenhagen Business School. Anfang kommenden Jahres erscheint sein neues Buch „Die Politische Theorie des Neoliberalismus“ bei Suhrkamp.

Dass gerade Letzteres der FDP nicht zu gelingen scheint, verweist auf die zweite grundsätzliche Möglichkeit, die Eingangsfrage, wer braucht die FDP?, zu beantworten, nämlich die Schuld weniger bei der Bevölkerung als eher bei der Partei selbst zu sehen. Das grundsätzliche Problem der FDP besteht demgemäß darin, dass sie zwar sowieso nie Volkspartei war, sich aber Schritt für Schritt immer weiter dem Status einer Nischenpartei angenähert hat, die (zumeist) ein entsprechend prekäres Schattendasein fristet.

In den Nachkriegsjahren verstand sich die FDP zwar als „Partei der Sozialen Marktwirtschaft“, war aber eigentlich das ordnungspolitisch-liberale Gewissen und Korrektiv gegenüber einer zu christdemokratisch-staatsgläubigen Union und hatte Vorbehalte gegenüber dem Sozialen in der sozialen Marktwirtschaft. Als die FDP 1982 das Lager wechselte, gingen ihr zudem weite Teile ihres sozialliberalen Bürgerrechtsflügels verloren. Das Lambsdorff-Papier, das den Anlass zur Aufkündigung der sozialliberalen Koalition geliefert hatte, indem es in provozierender Unverblümtheit tiefe Einschnitte in die soziale Marktwirtschaft forderte, entpuppte sich zudem als Fluch in mehrerlei Hinsicht: Erstens wurde die FDP daran gemessen, inwieweit diese weitreichenden Vorschläge in der schwarz-gelben Koalition umgesetzt wurden. Diese Bilanz fiel eher schlecht aus, was im Übrigen auch für die einzige spätere Regierungsbeteiligung im Bund gilt, als die

FDP mit vollmundigen Bierdeckel-Steuerreform-Versprechen antrat und von der Regierungsarbeit allein die skandalumwitterte Mörtenpick-Steuer in Erinnerung blieb.

Neben dieser Bilanz des weitgehenden Scheiterns in der Regierungsarbeit plagt die FDP seit dem Lambsdorff-Papier zweitens vor allem der Ruf, nicht mehr als eine Klientelpartei von Unternehmen und Besserverdienenden zu sein, deren ceterum censeo Deregulierung und Steuer- bzw. Abgabensenkung sind. Gerade unter Guido Westerwelle wurde diese Verengung der Perspektive auf die Spitze getrieben. Die Parteiführung um Christian Lindner hat nach dem Kollaps 2013 zwar immer wieder gelobt, dass sie daraus gelernt hätte, aber davon ist bis heute nicht viel zu spüren. Zwar wird kolportiert, dass sich auch auf Lindners Schreibtisch Andreas Reckwitz soziologischer Bestseller „Das Ende der Illusionen“ finde, worin unter anderem ein ausgewogener oder „einbettender“ Liberalismus angeregt wird, doch von einer solchen Erweiterung der Perspektive über das bloß Wirtschaftsliberale hinaus ist bislang nur wenig zu spüren. Denn wenn es hart auf hart kommt, ist aus der FDP eben doch nur zu hören, dass der Soli abgeschafft und die Zahlung des Kurzarbeitergeldes eingestellt werden solle. Doch als ein solches *One-Trick-Pony* wird es die FDP schwer haben – zumal sie eben auch weitgehend eine *One-Man-Show* ist und die Verbreiterung des Profils auch eine breitere personelle Aufstellung erforderte.